

Frage 1

Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer. Was werden Sie dagegen tun?

Wir fordern einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro. Die Tarifpartner müssen zu diskriminierungsfreien Tarifverträgen gesetzlich verpflichtet werden. Wir fordern ein echtes Verbandsklagerecht, das berechtigt, für Betroffene zu klagen und ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Und zwar solange, bis mindestens eine 50%-Quote für Frauen auf allen Qualifikationsstufen bis hin zu Vorständen und Aufsichtsräten erreicht ist.

Frage 2

Das Elterngeld gilt zurzeit für zwölf Monate – plus zwei Vätermomente. Wie wäre das Modell zu verbessern, z.B. bei Teilzeitarbeit der Eltern?

Wir fordern ein sozial ausgestaltetes Elterngeldkonto und einen nicht übertragbaren gleichen Anspruch auf jeweils zwölf Monate, für Alleinerziehende 24. Auch soll die Elternzeit in Teilen von mindestens zwei Monaten bis zum siebten Lebensjahr des Kindes möglich sein.

Frage 3

In Bezug auf die außerhäusliche Ganztagsbetreuung von Kindern liegt noch vieles im Argen. Was plant Ihre Partei?

Wir setzen uns für eine gebührenfreie, qualitativ hochwertige öffentliche Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag ein, die flächendeckend garantiert sein muss. Dazu gehört für uns auch ein kostenfreies, gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen. Wir setzen uns für Erhöhung der Bildungsausgaben auf mindestens sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts ein.

Frage 4

Wird Ihre Partei sich für die Abschaffung des seit 30 Jahren kritisierten Ehegattensplittings einsetzen? Es kostet den Staat jährlich 21 Milliarden Euro (wovon fast die Hälfte an Ehepaare ohne Kinder geht)? Und wie steht es mit der frauendiskriminierenden Steuerklasse V? Streichen?

Unser Steuersystem begünstigt mit dem Ehegattensplitting eine traditionelle Arbeitsteilung zwischen Ehepartnern, unabhängig davon, ob sie Kinder haben. Wir fordern, das Ehegattensplitting abzuschaffen und eine individuelle Besteuerung einzuführen, sowie tatsächliche Betreuungs- und Pflegeleistungen und das Zusammenleben mit Kindern steuerlich zu fördern.

Frage 5

Im Bereich des Gewaltschutzes für Frauen und Kinder ist viel in den letzten Jahren passiert. Aber das reicht nicht. Wie kann es weitergehen? Und was ist mit der Finanzierung der Frauenhäuser?

Wir fordern das Gewaltschutzgesetz weiter zu entwickeln, eine Informationspflicht des Zivilgerichts gegenüber der Polizei und Staatsanwaltschaft zu verankern sowie die Wirksamkeit von Sanktionen gegen Gewalttäter zu prüfen. Auf unsere Initiative wurde das Thema Frauenhausfinanzierung auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt. Wir werden uns weiterhin für die Forderung stark machen, die bedarfsdeckende Finanzierung von Frauenhäusern auf Bundesebene gesetzlich zu regeln.

Frage 6

Ist Ihre Partei für die vollständige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare mit Ehepaaren? Inklusive Adoptionsrecht?

Wir setzen uns ausdrücklich dafür ein, das Adoptionsrecht auch für lesbische und schwule Paare einzuführen. Die eingetragene Partnerschaft besitzt deutlich weniger Rechte als die heterosexuelle Ehe. Die Gleichstellung muss auch im Einkommenssteuer- und Erbschaftsrecht rechtlich vollzogen werden.

Frage 7

Wie soll es weitergehen im Kampf gegen Kinderpornografie? Und gegen die Pornografie überhaupt?

Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen gegen Kinderpornografie im Internet sind nur symbolische Politik. Wir benötigen eine Erhöhung der Personal- und Sachmittel der Strafverfolgungsbehörden, die gegen Anbieter von Kinderpornographie unverzüglich vorgehen und Angebote auf Host-Servern sofort stilllegen, sowie die internationale Zusammenarbeit intensivieren müssen. Zur Pornografie allgemein meinen wir, dass Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern und Erziehungsberechtigte gefordert sind, sich in elektronischen Medien selbstbestimmt zu orientieren und den Umgang mit Gefahren, schädlichen oder diskriminierenden Inhalten, zu erlernen. DIE LINKE will die Förderung von Medienkompetenz in den Bundesländern institutionell verpflichtend verankern.

Frage 8

Deutschland ist das Schlusslicht in Europa beim Kampf gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution. Dafür ist es das liberalste Land in Sachen Legalisierung der Prostitution. Was kann, muss geschehen?

Wir wollen die sozialen und Aufenthaltsrechte der Opfer stärken. Bei der Zwangsprostitution ist zu befürchten, dass die negativen Folgen eines Gesetzes zur „Freierstrafbarkeit“ dessen positive Absichten überwiegen würden. Entscheidend ist, Freier zu sensibilisieren und zu ermutigen, den Betroffenen zu helfen. Wir unterstützen das Ziel des Prostitutionsgesetzes, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen zu verbessern, die sich selbstbestimmt für eine Tätigkeit als Prostituierte entschieden haben, sowie die Prostitution aus der Illegalität zu holen, um die Frauen vor Gewalt zu schützen.

Frage 9

Stichwort Integration. Wo setzt Ihre Partei die Prioritäten? Speziell auch im Hinblick auf die Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund in Deutschland?

Wir wollen die soziale Ausgrenzung von Migrantinnen beenden, beispielsweise durch die Anerkennung von Bildungsabschlüssen, die im Ausland erworben wurden. Außerdem müssen die diskriminierenden Deutsch-Tests für einreisewillige Ehegatten wieder abgeschafft werden. Zum Schutz vor Gewalt fordern wir, dass ein eigenständiges Aufenthaltsrecht ab dem ersten Tag der Ehe und ein Rückkehrrecht für ins Ausland zwangsverschleppte Frauen eingeführt werden. Nicht zuletzt fordern wir, geschlechtsspezifische Fluchtursachen als Asylgrund umfassend anzuerkennen.

Frage 10

Welche Möglichkeiten sehen Sie, sich via Außen- und Entwicklungspolitik für Frauenrechte einzusetzen, speziell auch in Ländern der Dritten Welt und in islamischen Ländern?

Wir setzen uns dafür ein, dass die UN-Resolution 1325 „Frauen und Frieden“ umgesetzt

wird. Dazu gehört, dass Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisensituationen geschützt und an Friedensprozessen aktiv beteiligt werden.

Frauen spielen für die Entwicklung auf allen Ebenen, in der Bildung, in der Wirtschaft, in den familiären Zusammenhängen eine tragende und entscheidende Rolle. Erfolgreiche Entwicklungspolitik – das zeigen weltweite Erfahrungen – ist immer auch aktive Frauenförderungspolitik. Wir fordern daher, Frauenförderung zum entwicklungspolitischen Schwerpunkt zu machen.